



Medien-Information

16. Juli 2007

Dorschfangverbot für Polen: Zustimmung bei Schleswig-Holsteins Fischereiminister Dr. Christian von Boetticher

KIEL. Schleswig-Holsteins Fischereiminister Dr. Christian von Boetticher hat das Dorschverfangverbot begrüßt, das die EU-Kommission für Polen verhängt hat. „Dieses Eingreifen war überfällig, auch wenn polnische Fischer hart und möglicherweise in ihrer Existenz getroffen werden. Es kann nicht sein, dass Regelungen zu Fangquoten innerhalb der EU beschlossen werden, diese aber dann von den Fischern eines Mitgliedstaates zu Lasten aller anderen total missachtet werden. Die Entscheidung der Kommission entspricht dem, was die deutschen Küstenländer unter schleswig-holsteinischer Federführung in ihrem Neun-Punkte-Programm über eine verantwortungsbewusste Fischereipolitik gefordert haben“, sagte von Boetticher.

Die durch die EU jetzt festgestellte Überfischung habe nicht nur dem Dorsch geschadet, so der Fischereiminister, sondern sei zudem eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber gerade den nachhaltig wirtschaftenden Betrieben wie in Schleswig-Holstein: „Ein Wiederaufbau gefährdeter Fischbestände kann nur gelingen, wenn hart gegen jede Form der illegalen Fischerei vorgegangen wird. Die Fischer haben Verständnis für wirksame Maßnahmen, die der Bestandserholung dienen, aber diese müssen dann auch für alle gelten“, so Christian von Boetticher.

Zum Hintergrund: Die EU-Kommission hatte mit dem Erlass einer Verordnung über das Fangverbot für die Fanggebiete östlich Bornholms die Notbremse gezogen. Denn eigene Ermittlungen der EU-Inspektoren hatten ergeben, dass die für den östlichen Bestand zulässige Fangmenge bis Anfang Juli um das dreifache der von Polen gemeldeten Menge überzogen wurde.

Es wird erwartet, dass auch die für den westlichen Bestand zulässige Fangmenge demnächst erreicht wird und die polnische Flotte damit den Dorschfang vollständig einstellen muss. Ausweichmöglichkeiten sind für die polnischen Fischer kaum vorhanden. Da nach geltendem Recht überfischte Fangmengen zu zusätzlichen Quotenreduzierungen führen, müssten die polnischen Fischer auch in den Folgejahren mit dramatischen Einschnitten rechnen.